

# Dresdner Nachrichten

Tagblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Verlag: 23000 Exemplare.  
Für die Abgabe einzelner Blätter macht sich die Expedition nicht verantwortlich.  
Verkauft: Buchhandlung des Verlegers in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bismarckstr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verlag: 23000 Exemplare.  
Für die Abgabe einzelner Blätter macht sich die Expedition nicht verantwortlich.  
Verkauft: Buchhandlung des Verlegers in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bismarckstr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Druck und Eigentum der Herausgeber: Klesch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Nr. 58. Neunzehnter Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Biercy.  
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, Freitag, 27. Februar 1874.

## Für den Monat März

werden in unserer Expedition, sowie bei allen Postämtern Abonnements auf die Dresdner Nachrichten zu 7 1/2, resp. 8 1/2 Mgr. angenommen.

### Politisches.

Was Kaiser Wilhelm an den Grafen Kuffel geschrieben: er sei der natürliche Führer seines Volks in dem ihm aufgedrungenen Kampfe gegen die Herrschaftsgelüste des übermüthigen Rom — das reißt sich würdig an den Brief an, den er in gleichem Sinne vor wenigen Monaten an den Papst gerichtet hatte. Er knüpft seine Wünsche direkt an die Thaten der alten Kaiser des Reiches deutscher Nation, die einen — leider nicht immer siegreichen — Krieg zur Wahrung der unveräußerlichen Hoheitsrechte des Staats führten. Er gelobt sodann das Werk der deutschen Reformation: Gewissensfreiheit und Schutz der Landesgesetze fortsetzen zu wollen; er verweist in echt evangelischer Duldsamkeit den nichtevangelischen Staatsbürgern freie Ausübung ihrer Religion. Das sind Alles echt kaiserliche Worte. Auch unsere katholischen Mitbürger mögen daraus die Gewissheit schöpfen, daß der Kampf, den ihr weltliches gegen ihr geistliches Oberhaupt führt und führen muß, ihr Heiligstes, ihre religiösen Ueberzeugungen und die freie Betätigung derselben nicht antastet. Zugleich ergibt sich aus jenem Kaiserbriefe, daß Kaiser Wilhelm auch nicht als König von Preußen gekommen ist, mit der römischen Curie einen Frieden einzugehen, der auf Kosten der Attribute des Staats die weltliche Macht zur Dienerin der papstlichen Kirche machte. Damit verflüchtigt sich die wiederholt aufgetauchten Gerüchte über einen nahen Friedensschluß der preussischen Regierung und den Ultramontanen. Gewiß, wir wünschten auch das baldige Erlöschen dieses Krieges; wir halten es für dringend geboten, daß die Reichsregierung sich allen Ernstes hinter die socialen Fragen mache und die socialen Forderungen zu heben suche; aber davon darf der Staat Nichts opfern, daß er die Gewissensfreiheit seiner sämtlichen Bürger schütze, daß er seine Machtmittel den auf Unterdrückung der geistigen Freiheit gerichteten Bestrebungen der römischen Curie zur Verfügung stelle!

Nach dem Wortlaute der Erklärung von 6 elfasser Deputirten ist kein Zweifel mehr möglich, daß Bischof Räß ihnen selbst unerwartet mit der selbstprophetischen Erklärung, daß die Katholiken den preussischen Frieden anerkennen, in der Reichstagsverhandlung hervorgetreten ist. Ihre Ueberzeugung ist eine berechtigte. Bischof Räß hat eine Art Handstreich vollführt und es ist kein Wunder, daß die Hochfluth der Aufregung in Straßburg, Schleifstadt und anderen Städten gegen ihn im Wachsen ist. Wir Deutschen lassen diesen häuslichen Krieg im Elsaß sich ruhig austoben. Noch gar mancherlei Gestalt wird der Widerwille des Elsaßes gegen die Annexion angenommen, ehe er sich in ein ruhigeres Bett verliert und sich schließlich in Jumeigung zur Mutter Germania verwandelt.

Nicht uninteressant ist die Nachwahl im 6. Berliner Wahlkreise. Seit Gründung des Norddeutschen Bundes hat Berlin immer fortschrittlich gewährt und die 6 dortigen Kreise können als Domainen oder, wenn das besser klingt, als Bollwerk der Fortschrittspartei gelten. Das geht so weit, daß, während gegen 50 Berliner außerhalb Berlins in allerhand deutschen Wahlkreisen gewählt werden und Berlin Reichstagsabgeordnete förmlich exportirt, in Berlin selbst alle im Reiche durchgefallenen Candidaten jener Partei ein Unterkommen finden. So seiner Zeit der Medicinburger Wiggers, so später der Westfale Windthorst (Vetter der Berle von Neppen), dann wieder Herz aus Baiern, jetzt Banks aus Hamburg. Man kann nicht anders, als hierin einen Zug der Gerechtigkeit finden und daran soll die Betrachtung Nichts ändern, daß Berlin selbst unter seinen Mitbürgern wenig Capacitäten zu zählen scheint, die es für wichtig erachten, die Reichshauptstadt im Reichstage zu vertreten.

Mit all' der Gehässigkeit, welche die Socialdemokraten entwickeln, wenn ehrenwerthe Arbeiter im Vereine mit dem Bürgerthum sociale Fortschritte anstreben, ist die österreichische Socialdemokratie über den Wiener Arbeiterverein „Volkswille“ hergefallen, da dieser es gewagt hat, eine Anzahl erfüllbarer Forderungen an den Wiener Reichsrath zu stellen. Dieses locale Streben der Wiener Arbeiter wird bestens verdächtigt; es wird ihnen untergeschoben, daß sie nur die Ziehpudden der Bourgeoisie seien, daß ihr Memorandum von dem Minister Unger ausgearbeitet sei; es wird ihnen als schweres Verbrechen angerechnet, daß sie auf Reformen und nicht auf den Umsturz aller Dinge speculiren. Das österreichische Abgeordnetenhaus aber ist ehrlich bemüht, die Forderungen der Wiener Arbeiter gewissenhaft zu prüfen. Die erste Frage, die der Ausschuss berath, ist: Empfiehlt es sich, besondere Arbeiterkammern zu bilden, oder ist die Delegation von Vertretern der Arbeiter in die bestehenden Handels- und Gewerbestandarten vorzuziehen? Zu den Berathungen ist der Arbeiterführer Oberwinder zugezogen, der einer Anzahl Sitzungen beigewohnt hat und sein Wissen dazu verwendet, das Loos seiner Mitarbeiter auf friedlichem Wege zu heben. Natürlich muß er sich von den rothen Cygalabos seiner Partei die Vorwürfe der Unfähigkeit, des Verraths an der heiligen Sache und dergleichen gefallen lassen.

So außer Rand und Band der ungarische Staat zu gehen scheint, sociale Kraft besitzen die Magyaren immer noch, die anderen im Bereiche der Stephanskronen lebenden Nationalitäten zu brutalisiren. Ganz besonders leiden darunter die siebenbürgischen Sachsen, deren Landtag (Nations-Universität genannt) soeben auf das Schmachvolle von den dummschönen Ungarn gemahregelt wird. Das siebenbürgisch-deutsche Tagblatt läßt sich in einem „Im Kampfe um das gegebene Recht“ überdriebelem Artikel wie folgt vernehmen: „Jede Stunde liefert den Beweis von der erschreckenden Wahrheit des nicht von uns, sondern von fremden Besuchern dieses Landes ausgefällten Sayes, daß der Maggar bis zur Ueberreizung empfindlich sei für ein ihm angethanes Unrecht, dagegen keine Empfindung für das Recht fremder Volksgenossen und daher auch kein Gewissen

für das Unrecht habe, das er ihnen zufügt. Wir hatten gemeint, daß jeder Maggar, der in den fünfziger und sechziger Jahren so laut auf den Schild des Constitutionalismus geschlagen, vor Scham über den Erlaß des Ministers Szapary, welcher der Rations-Universität das den ungarischen Marktleuten Verecht und Myfalu zustehende Recht der Petition und Repräsentation in Landesangelegenheiten verwehrt, sein Antlig verhüllen müßte. Diese Meinung wird vorzugsweise vom „Hon“ widerlegt, welcher sogar den traurigen Muth hat, der Mittheilung über den maggarischen Gewaltact folgende Bemerkung voranzuschicken: „Endlich ist die Regierung einmal der Uebergriffe der sächsischen Universität überdrüssig geworden.“ Hilfe muß unsern deutschen Brüdern aber von ihnen selbst kommen. Dasselbe Blatt sagt mit Recht: „Der Feind und Ufener Deutsche klagt über den Sprachenzwang, welcher die deutsche Sprache selbst aus dem Gemeindehaufe verbannt hat, der Leberburner über die Zurücksetzung der deutschen Industrie, der Hipser über die durch die Arrondirung drohende Verjungerung des Städtebürgerthums, der Siedenbürger Saosje über die Verletzung seiner historischen Rechtsstellung und der Banater Schwabe über die heillose Comitatswirtschaft einiger erdgeheffenen Aelskippen. Jede unter den Deutschen Gruppen in Ungarn hat ihre besonderen Schmerzen, und keine, mit Ausnahme Weniger, ist noch unter dem Eindruck der besonderen Unbill, die ihr widerfahren, zu der Erkenntnis gelangt, daß alle Deutschen in Ungarn, gleichviel ob sie im Norden oder Süden, im Westen oder Osten wohnen, gemeinsame Beschwerden haben und daß sowohl diesen als auch den Volkschmerzen am besten abgeholfen werden könne, wenn alle Deutschen in Ungarn sich die Hand reichen und im gemeinsamen Kampfe für ihre bedrohten Güter einstephen. Die Vorbedingung dieser Vereinigung ist allerdings das Gemeinverständniß all der Kämpfe und Gebreche, welche jeder einzelnen Gruppe in Ungarn eigen sind, — und dieses Verständniß fehlt noch zur Stunde.“

### Locales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König hat den zum griechischen Consul in Leipzig ernannten Herrn Phocion P. Naoum dortselbst in dieser Eigenschaft anerkannt.

— Da die in der jüngsten Legislatur-Periode des Reichstags der liberalen Reichspartei angehörenden Abgeordneten aus Preußen und Baiern in übergroßer Mehrzahl nicht mehr Mitglieder des Reichstags sind, ist es unmöglich geworden, diese Fraktionsbildung fortzuführen. Es sind daher die sächsischen Reichstags-Abgeordneten Adersmann, Günther, von Könnrich, von Rostk-Wallwitz und Dr. Schwarze in die deutsche Reichspartei eingetreten. In gleicher Weise beabsichtigen einige sächsische Abgeordnete bei dieser Fraktion sich anzumelden. Bei der in der deutschen Reichspartei üblichen Freiheit der Abstimmung konnten die genannten Abgeordneten aus Sachsen dieser Fraktion sich trotz einzelner divergirenden Ansichten um so mehr ohne Bedenken anschließen, als dieselbe der liberalen Reichspartei im vorigen Reichstage am nächsten stand und gegen die ausdrückliche Wahrung der freien Abstimmung bei einer Verschiedenheit der Meinungen kein Bedenken Seitens der gedachten Fraktion geltend gemacht wurde.

— Die Verordnung vom 21. April 1841, durch welche die Pfarrer der evangelischen Kirchen angewiesen waren, die bei den Kirchenararieren durch den Symbol (Klingbeutel) und sonst eingehenden in hiesigen Landen verbotenen Münzen von Zeit zu Zeit an die königliche Münze zu Dresden einzufenden, ist nach dem „P. A.“ neuerdings aufgehoben worden, nachdem dieselbe die eigenen Ausprägungen aufgehört haben und nur noch auf Reichsrechnung geprägt, alles hierzu erforderliche Prägemetall aber von Reichswegen dahin geliefert wird, es also dort an Gelegenheit gebricht, die von den Kirchen eingehenden devaluirten Münzen zu verwenden. Wiederausgegeben dürfen indeß solche unguiltige Münzen auch fernherhin nicht werden, und bleibt es den Kirchenadministratoren überlassen, die vereinnahmten schlechten und verbotenen Silber- und Kupfermünzen, unter Fürsorge für Destruirung des Gepräges derselben, befmöglichst zu vernichten.

— Vor Kurzem starben in einem Dorfe nahe bei Dresden zwei Kinder, die verschiedenen Eltern angehörten, an einem Tage. Der Todengräber des benachbarten Kirchdorfs schaufelte für die jugendlichen Leichen zwei Gräber und zwar unweit von „ander. Zu gleicher Stunde wurden die Leichen der Mutter Erde übergeben und der Geistliche hielt zwischen beiden Gräbern stehend, für Beide, die Grabrede. Weinend entfernten sich die Eltern; da bebaute der Geistliche einem der Väter: er möge ihm doch die Gebühren für die Grabrede einhändigen und zwar betragen diese 25 Mgr. Der Vater entgegnete jedoch, daß er nicht gewillt sei, dieses Geld zu bezahlen, da der Herr Pfarrer doch nur eine Grabrede gehalten habe und er für diese bereits von dem anderen Vater, dessen Kind gleichzeitig mit begraben wurde, bezahlt worden sei. War nun schon jene Mahnung noch unweit des offenen Grabes wenig taktvoll, so steigerte sich diese Ungehörlichkeit durch das Folgende: Als nämlich der Geistliche abermals auf das Versehen der 25 Mgr. drang, so erklärte sich der Vater zur Bezahlung bereit, wenn der Geistliche wenigstens sich nachträglich noch eine Grabrede halten wolle. Dieser überlegte sich ein wenig, nicht dann und hielt dann eine wenn auch kürzere Rede, worauf er dann seine Gebühren in Empfang nahm. — Daß solche Vorkommnisse nicht dazu beitragen können, die Achtung vor dem geistlichen Amte zu erhöhen, bedarf keines Nachweises. Wir wissen recht gut, daß viele Geistliche recht herzlich schlecht gestellt sind und Mühe haben, die Accidenzeinnahmen für Tausen, Trauen und Begräben hereinzubekommen; aber die Würde des geistlichen Amtes sollte doppelt dazu mahnen, nicht den Schein auf sich zu laden, als seien die Gebühren die Hauptfache und die Amtshandlung nur die Gelegenheit zum Geldverdienen.

— Nach bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Pirna eingezogener Erkundigung, beruht die in der „Berliner Volkszeitung“ enthaltene Mittheilung, daß die Staatsanwaltschaft in Sachen der

Pirnaer Bank auch strafrechtlich gegen den Verfasser der im redactionellen Theile des „Pirnaer Anzeiger“ enthaltenen Artikels, ferner den besonders günstigen Stand des genannten Instituts, vorgehen werde, auf Unwahrheit. In das Treiben der Bank dürfte übrigens schon in nächster Zeit die gegen einen Volontär derselben abzuhaltende Hauptverhandlung einen Einblick gewähren.

— Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 25. Febr. Der Anfang dieser Sitzung war für die Tribünen insofern ein wenig günstiger, als im Saale ein energisches Gespräch unterhalten ward, so daß die ersten Vorträge des Vortragenden St.-R. Jordan in Zusammenhang zu vernehmen unmöglich war. Etwas von Bedeutung scheint aber dabei nicht verloren gegangen zu sein. Seit Jahren sind die Vermaandbändler, auch wenn der Jahrmarkt in Neustadt abgehalten wird, mit ihren Ständen auf den Altstädter Antonplatz vertrieben gewesen; es ist aber, wie früher schon erwähnt ward, das Bedürfnis schärfer geworden, die Vermaandbändler während des Neustädter Marktes diesem einzuräumen und während des Altstädter Marktes auf dem Johannisplatz zu placiren. Mittels neuen Communitats wird der Stadtrath wiederholt ersucht, nimmere dem nicht länger entgegen zu sein. Einem Stadtrathlichen Vorschlage, welcher dem früheren Begeleiblicher Sonntag die Abtretung von Straßenreal auf sein neues Terrain im Hinblick auf seine früheren Opfer erlassen will, wird beigestimmt und ein Vergleich über die Rechtsverhältnisse zwischen dem Almoienten: er Arealstraße und dem Feindhaufe genehmigt. Westlich der Weststraße und südlich der Leipzigerstraße liegt ein, dem Herrn Director Bagly gehörendes großes Terrain, welches betriebe bebauen will. Er hat dem Stadtrath einen Rebaunungsplan einereicht, nach welchem er die Parzellirung einer mit der Gbe parallel laufenden Straße und mehrere andere von der Gbe auswärts stehender Straßen, sämtlich in der Straßenbreite von 17 Mtr. beabsichtigt. Die Firma Ludwig Gebe u. Co. hat zwar gegen den Plan bei berücksichtigten Verhältnissen Einwendungen erhoben, aber kein Bild damit gehabt. Sie will das traurige Areal von der Stadt zur Herstellung eines freien Platzes erkaufen, das würde aber der Stadt 200,000 Mtr. kosten, denn soviel verangt Dir. Bagly für das Terrain, und in den Stadtrathel ein großes Koch machen. Auch das diesseitige Collegium erwärmt sich nicht für die Gede Idee, ertheilt vielmehr dem Rebaunungsplan und dessen Rebaunungsmodalitäten Zustimmung. Der vierthe Bericht des Finanzauschusses über den Kaufplan 1874 (Mtr. St.-R. Böhmer) behandelt Vol. 19 der Einnahme: Indirecte Abgaben. Die Einnahmen dieser Vol. sind für dieses Jahr vorveranschlagt mit 17,500 Mtr. Malssteuerzuschlag: 23,000 Mtr. Salachsteuerzuschlag: 15,000 Mtr. Abgabe von Alchchem: 6600 Mtr. Abgabe von Rugsböl: 4100 Mtr. Abgabe von Wild: 400 Mtr. Abgabe von Geflügel: 1200 Mtr. Abgabe von Fischen: 1800 Mtr. Abgabe von fremden Bleien und 81,000 Thaler Abgabe von Mehl und Backwerk. Die Summe der Einnahmen ist um 12,500 Mtr. höher als im Vorjahr. Die entsprechenden Ausgaben betreffen die Gehalte, resp. Tantiemenbezüge der mit Einhebung dieser Steuern betrauten Beamten u. Der Gesamtbetrag der Ausgaben an 32,998 Mtr. von der Einnahme abgezogen, ergibt einen zu Gunsten der Stadtkasse verbleibenden Ueberschuß von 138,200 Thaler. Der Bericht des Ausschusses wird abschließt. — Der freireichlichen Gemeinde, der Freidender-Gemeinde und dem Trauenderein gegen Vertheuerung der Lebensmittel werden ihre Gehälde um Ueberlassung des Stadtdorrennen-Strangschloßes für die erbetenen Tage in der gewünschten Weise beantwortet. An Stelle des ausgehiebenden Herrn Stadtrath Hulsch war die Wahl eines neuen Stadtrathes auf Zeit zu bewirken. Die Wahl trat mit großer Majorität — mit 53 von 55 Stimmen — Herrn Professor W. G. Die Dankworte des Erwählten klangen etwas eigentümlich. Es war, als höre man noch immer die Witterkeit aus seinen Worten, die er unversehens in der ersten diesjährigen Sitzung des Colls, als die Wahl zum Vorsteher nicht auf ihn fiel, zu erkennen gab. Er betonte, daß ihn die letzte fast einstimmige Wahl übertrache, daß er ihren Motiven aber nicht nachstehen wolle und da er, obwohl im 67. Jahre stehend, doch sich noch rüthig fühle und trotz seiner ziemlich unangenehmen ärztlichen Verarid noch Zeit finden werde, die Geschäfte des neuen Amtes zu verwalten und ihm somit die Uebnungsgründe nicht zur Seite ständen, die Wahl annehme und für das ihm, wie es sich eine, bewiesene Vertrauen danke. Jedenfalls schied in ihm aus dem Collegium ein Ehrenmann, der bis in die Länge durch sein Leben bewiesen hat, daß er für Das, was er als recht und gut erkannt, selbst Opfer nicht scheut. — Nach einem Berichte des Verwaltungsausschusses wird der Stadtrath ersucht, wegen des Canalstems und der Waterlöcher, als auch wegen der Beschaffenheit des Canalbades jetzt und nach der Eröffnung der Wasserleitung Untersuchungen anzustellen, sowie praktische Voruntersuchungen über die einzelnen in Frage kommenden Systeme vorzunehmen, ingleichen über die Erhaltung der gemischten Deputation für öffentliche Gesundheitspflege sich baldmöglichst schäftig machen zu wollen. Die Verhandlungen über die Erhebung des Einheitsbades der Abjarenkosten für Schulenbedanten wird auf Antrag des St.-R. Lehmann, nach bereits beendeter Debatte, vertagt. Schließlich wird: der Antrag eines Stabes des Vorbaugrundstücks Areal als Freiberger Schloß; die Anstellung eines dritten Strangschloßers mit 500 Mtr. Gehalt; die Vollziehung eines Kaufvertrages betrefis des städtischen Thorbaues am Vbhauer Schloß; die Unterstüßung des pormaligen Steuerreinernders Schlegel mit jährlich 200 Mtr., für welche sich mit warmer Ahrsprache die Herren Gottschall, Prof. W. G. und Dr. Nothe verwenden; und die Veranschaffung von 700 Mtr. zur Herstellung und Bepflanzung des Vindenauplazes genehmigt. Schluß der Sitzung gegen 1/10 Uhr.

— Gestern wurden im Auftrage des Stadtraths in hiesiger Stadt zum ersten Male mit dem in anderen großen Städten, wie Paris, London u., bereits verwendeten Bürstenwagen in Alt- und Neustadt Versuche im Straßenkehren gemacht, die, soviel man beobachten konnte, recht gut ausfielen. Der Wagen wird von einem Pferde gezogen und hat nur einen Mann zur Bedienung. Am unteren Theile des Wagens zwischen den Rädern befindet sich eine cylindrische, circa 5 Ellen lange und etwa 15 Zoll im Durchmesser haltende Binsenbürste, welche durch das Fortfahren des Wagens sich drehend die Straße kehrt, dabei aber etwas schräg steht, um den aufgeschlehten Schmutz nach einer Seite zu schieben.

— Oft schon ist über die Gefährlichkeit des Petroleums bei unvorsichtiger Behandlung geschrieben worden und immer noch giebt es Leute, welche diese Gefährlichkeit nicht einsehen. In dem Hause Hofemog 35 wollte dieser Tage ein Dienstmädchen beim Feuer machen sich dadurch zum schnelleren Anbrennen verhalten, daß sie aus einer Flasche Petroleum in den Ofen goß, in welchem noch